Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 214. Abendblatt. Mittwoch, den 8. Mai. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 7. Mai. Die heute beginnende Konferenz wird wohl als erste Aufgabe die Beseitigung der mehr zu- als abnehmenden Unruhe wegen der fortgesetzten französischen Rüstungen in's Auge zu fassen haben, ehe zur Lösung der Hauptfragen übergegangen werden kann. Die Situation ist unverändert dieselbe; das Vertrauen will nicht zurückkehren, so lange die französischen Rüstungen, die von den verschiedensten Seiten übereinstimmend konstatirt werden, fortdauern, und alle sonstigen Versicherungen und Merkmale der Napoleonischen Friedensliebe können vorläufig das in der militärischen, wie in der Geschäftswelt herrschende Mißtrauen nicht beseitigen, daß die offiziösen Beruhigungsmittelchen in Paris, die durch die gleichzeitig fortgesetzten Rüstungen allen Credit verlieren, sowie das bereitwillige Eingehen auf die Konferenzverhandlungen nur die Vorbereitungen für den Krieg maskiren sollen. Die Staatsmänner und Diplomaten finden, wie ich Ihnen wiederholt meldete, die Friedens-Anzeichen nach Einigung über die Konferenz auch jetzt noch überwiegend; indessen dürfte allerdings den französischen Diplomaten in London wohl Gelegenheit geboten werden, die immer wieder Nahrung erhaltenden Zweifel durch überzeugende Erklärungen zu beseitigen. Das „Journ. des Debats" führt aus: „entweder sei die Festungsfrage von Luxemburg eine reine Bundesfrage, und dann hätte allerdings nach Auflösung des alten Bundes jede Beziehung der Festung und Luxemburgs zu Preußen und Deutschland aufhören müssen — oder sie sei ein zusammenhängendes Glied des 1815 angenommenen deutschen Defensivsystems, und dann stände die Auseinandersetzung darüber mit Holland nur Preußen und Oesterreich zu — oder aber sie sei eine französische Frage, die dann auch von den europäischen Großmächten zu erledigen sei. Diese vielleicht wohlgemeinte Deduktion des Débats dürfte übrigens wenig praktischen Werth haben. Eine reine Bundesfrage ist die Festung Luxemburg nicht, denn schon vor Entstehung des Bundes ist Preußen das Besatzungsrecht von den alliirten Großmächten durch Vertrag eingeräumt worden. Die thatsächlichen Verhältnisse lassen eigentlich gar keinen Zweifel darüber zu, daß bei Einräumung des Besatzungsrechtes in Luxemburg die Vertragsmächte vor allen Dingen die Sicherung des europäischen Friedens gegen den Ruhestörer Frankreich zunächst im Auge hatten und zum Schutz der deutschen Grenzen gegen Frankreich Preußen wohl in erster Linie berufen und befähigt hielten, deßwegen auch Preußen die Ausübung des deutschen Schutzes durch den Besitz der Festung erleichtern wollten. Des deutschen Bundes geschah in den Verhandlungen Erwähnung, weil in der Form des Bundes eben die deutsche Nation zusammengefaßt war, aber das formelle Bestehen des deutschen Bundes stand mit dem eigentlichen Zweck und Grund der Verträge von 1815 und 1839 offenbar nicht in absolut nothwendigem Zusammenhang, die Bundesform hatte streng genommen mit dem Prinzip der qu. Verträge gar Nichts zu thun, ist auch nirgend als formelle Bedingung der Grundlage der Verträge ausdrücklich angeführt worden. Dies wäre aber nothwendig, wenn die Beweisführung, die sich auf die Auflösung des deutschen Bundes stützen will, irgend eine Rechtfertigung dem faktischen und vertragsmäßigen 50jährigen Besitz gegenüber haben sollte. Die Konferenz-Bevollmächtigten werden sich auch wohl schwerlich auf rechtliche Deduktionen einlassen, daß Preußen durch Auflösung des Bundes seine Ansprüche auf die Besetzung der Festung verloren habe, denn sie würden damit weder juridisch noch thatsächlich reüssiren. Der einzig praktische Weg zu erfolgreicher Behandlung der Frage unter Voraussetzung des ehrlichen Willens, auch französischerseits, dürfte wohl die Anbahnung eines Verständnisses darüber sein, daß die Bestimmung der Festung im deutschen Defensionssystem auch auf anderem Wege, d. h. durch Garantie der Vertragsmächte unter den gegenwärtig veränderten Machtverhältnissen erreicht werden kann im Interesse der allgemeinen Ruhe und Wohlfahrt; die Rechtsfrage wird jedenfalls aus dem Spiel zu lassen sein, wie sie überhaupt nicht durch Diplomaten zum Austrag gebracht werden kann. Auf der Basis der politischen Zweckmäßigkeitsfrage würde die Konferenz nach den in vorausgegangenen vertraulichen Besprechungen angenommenen Gesichtspunkten leicht genug zu einem befriedigenden Resultat kommen, wenn der Wille dazu auf allen Seiten vorhanden ist.

Berlin, 8. Mai. Der Prinz Alfred von Groß-Britanien traf in voriger Woche, von Gotha kommend, im Neuen Palais zu Potsdam ein, verweilte bei den Kronprinzlichen Herrschaften zum Besuch, erschien am Sonntag bei der Parade des 1. Garde-Regiments zu Fuß im Lustgarten und nahm darauf an dem Dejeuner im Stadtschlosse und später an dem Diner bei dem Kronprinzlichen Paare im Neuen Palais Theil. Nach Aufhebung der Tafel verabschiedete sich der hohe Gast von dem Könige und den anwesenden Mitgliedern der Königlichen Familie und trat Abends mit seinen Begleitern die Reise nach Australien an.

— Die „Zeidl. Corr." erwartet schon von der am Sonnabend bevorstehenden Sitzung der Londoner Konferenz eine Entscheidung. Nach ihr liegt die Sache so, daß schon in einigen Tagen entweder ein Resultat erzielt oder die Mobilmachung der preußischen Armee angeordnet sein wird.

— Die „N. A. Z." berichtete dieser Tage, daß Rußland in lebhaften Verhandlungen mit England, Skandinavien und Dänemark begriffen sein soll, um für den Kriegsfall eine Neutralisirung der Ostsee zu erlangen. Der „N. Pr. Z." zufolge soll auch das Kabinet von Washington der Meinung sein, daß die Ostsee im Falle eines Krieges am Rhein neutral bleiben müsse. Wir können dem hinzufügen, daß man hier für den Fall eines Krieges die Sicherheit zu haben glaubt, daß kein französisches Kriegsschiff den Sund passiren werde. In dieser Beziehung soll Rußland mit vollkommenem Erfolge thätig gewesen sein. Von Petersburg aus hat man übrigens neuerdings in lebhaften Verhandlungen mit dem Washingtoner Kabinet gestanden, und es dürfte mit Sicherheit darauf zu rechnen sein, daß, wenn wider Erwarten noch der Krieg um Luxemburg ausbräche und — was in diesem Falle sehr wahrscheinlich — Rußland sich aktiv an demselben betheiligte, dem Czaren von der Union wirksame Unterstützung zu Theil werden würde.

— Der preußische Militärbevollmächtigte zu Paris, Major Burg, ist heute Nachmittag in wichtiger Mission nach London gereist. Wahrscheinlich wird derselbe gleichfalls dem Konferenzbotschafter assistiren.

— Es scheint sich zu bestätigen, daß Belgien, Angesichts seiner eigenen neutralen Stellung, nur eine moralische Garantie wegen Luxemburgs übernehmen wird. — Luxemburgs Verbleiben im Zollvereine wird um so weniger Schwierigkeiten hervorrufen, als der Vertrag vom 20. Oktober 1865 den Anschluß Luxemburgs an das Zollsystem Preußens und der übrigen Zollvereinsstaaten bestimmte. Auch hat von Einwendungen Frankreichs bis jetzt nichts verlautet.

— Wie der Telegraph meldet, ist gestern (Dienstag), Nachmittags 3 Uhr, in London die Konferenz zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten, in demselben Sitzungssaal, in welchem vor drei Jahren (es war auch im Mai) die Konferenz wegen der Elbherzogthümer zusammentrat. Die „N. A. Ztg." bemerkt, die Verhältnisse lägen diesmal günstiger. Während es damals (9. Mai 1864) die erste Aufgabe der Konferenz war, durch die Vermittelung des Waffenstillstandes dem Blutvergießen der kämpfenden Heere Einhalt zu thun, haben heut die beiden interessirten Mächte von vornherein ihre persönlichen Gesinnungen dokumentirt. Frankreich hat seinen Wunsch, Luxemburg zu besitzen, aufgegeben, und Preußen hat auf sein von Europa anerkanntes Recht und den Friedensversicherungen Frankreichs vertrauend, keinerlei Anstalten treffen zu müssen geglaubt, dies Recht zu vertheidigen, sondern erklärt sich bereit, auf dasselbe zu verzichten, wenn ihm diejenigen Kompensationen gewährt werden, welche der Absicht entsprechen, die durch das Besatzungsrecht bezweckt würde. Die Mächte haben sich ferner auch bereits darüber verständigt, daß eine Neutralisirung des Großherzogthums Luxemburg und die Garantie derselben ein geeignetes Mittel zur Ausgleichung der schwebenden Differenzen bilden würde. Wie diese Neutralisation praktisch zu gestalten, welche Verpflichtungen von den europäischen Mächten zu übernehmen sind, um ihre Aufrechthaltung zu sichern, — dies festzustellen, wird eben die Aufgabe der Konferenz bilden. Von einer Prüfung des preußischen Besatzungsrechts kann eben so wenig dabei die Rede sein, wie davon, daß dies Recht vor Feststellung derjenigen Sicherheiten aufgegeben werde, welches an seine Stelle zu treten bestimmt werden soll. Die Räumung der Festung Luxemburg wird vielmehr lediglich eine Konsequenz der Vereinbarungen sein, welche wegen Garantie der Neutralisirung des Großherzogthums zu treffen sind. Wenn aber in einzelnen Kreisen daraus ein Grund zur weiteren Beunruhigung geschöpft wird, daß Belgien und Italien zur Theilnahme an der Konferenz aufgefordert wurden, so bemerken wir, daß Belgien namentlich auf Anregung Englands als eine der Mächte, welche die Verträge von 1839 unterzeichnet haben, Italien in seiner Eigenschaft als sechste europäische Großmacht, die ihm in Folge seiner jetzigen territorialen Gestaltung und dadurch erhöhten politischen Bedeutung zukommt, zu der Konferenz eingeladen wurde.

— Gestern Vormittag (am Jahrestage des Mordversuchs gegen den Grafen Bismarck) begab sich der Vorstand der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, z. Z. aus den Abgeordneten Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh, v. Blanckenburg, v. Denzin, Bieck, Graf Westarp und v. Flottwell bestehend, in das Palais des Ministerpräsidenten. Der Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh beglückwünschte den Grafen in der herzlichsten Weise, sprach aus, daß die Patrioten des Landes heut mit ihm Gott danken, daß er ihn aus der sichtlichen Lebensgefahr gerettet, erinnerte daran, wie Großes das Vaterland ihm zu danken habe, und schloß mit dem Wunsche, daß es Gott gefallen möge, ihn noch lange an der Spitze der Regierung im Rathe der Krone zu erhalten. Graf Bismarck sprach in verbindlichen Worten seinen Dank aus und entließ die Deputation, nachdem er auch seinerseits die Vollendung des Werkes, zu dem mitzuwirken er bestimmt sei, dem Schutze Gottes empfohlen und hervorgehoben hatte, daß, wenn ihm in seinem schweren Berufe der Muth sinken wolle, er mit besonderem Danke sich des Tages seiner Rettung erinnere und er dann seiner Muthlosigkeit sich schämen möge. Sämmtliche Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses und viele andere Personen gaben im Laufe des Tages bei Graf Bismarck ihre Karten ab.

— Nach der Aussage zuverlässiger Personen, welche kürzlich in Paris gewesen, herrscht dort allgemein eine große Erbitterung gegen die Chauvinisten, ganz besonders gegen Girardin, welchem man mit Recht einen sehr wesentlichen Antheil an der Entstehung des Kriegslärms zuschreibt. Wo Girardin sich öffentlich zeigt, wird ihm vom Volke zugerufen, daß er erkauft sei von den depossedirten Fürsten. Wiederholt haben Steinwürfe nach seinem Wagen ihm kundgethan, wie die Pariser für die Leute fühlen, welche ihnen durch die gehofften schönen Einnahmen bei der Ausstellung — vorerst wenigstens — einen Strich gemacht haben.

— Aus Düsseldorf wird der „K. Z." berichtet: Der Ober-Prokurator Georg Wilhelm Theodor von Ammon ist auf seinen Antrag in Ruhestand versetzt worden und wird Ende Juli d. J. aus seinem Amte ausscheiden.

— Die Magdeburger Kaufmannschaft ist wegen Herbeiführung des zollfreien Wiedereingangs gebrauchter Säcke in den Zollverein vorstellig geworden, weil die Manipulationen, unter welchen der Rückeingang der mit Getreide 2c. exportirten Säcke zollfrei zulässig ist, das Exportgeschäft in hohem Grade erschweren. Es bedarf dann nämlich beim Export einer vorherigen Abstempelung Seitens der Königlichen Steuerbehörde, beziehungsweise besonderer abgestempelter Deklarationen. Nach dem vom Finanzminister hierauf ertheilten Bescheide wird derselbe „in Anerkennung der Belästigungen, welche aus jenen Kontrolen für den Handelsstand erwachsen", eine Vereinbarung unter den Zollvereinsstaaten herbeizuführen bestrebt sein, damit von den Kontrolmaßregeln abgestanden werde. Weitere Mittheilung über das Ergebniß hat sich Herr v. d. Heydt vorbehalten.

— Auf den Wunsch des Präsidiums des Abgeordnetenhauses ist demselben von der Regierung Auskunft über die Kammerbibliotheken in den neu erworbenen Provinzen für Hannover, Hessen und Schleswig-Holstein ertheilt worden. Ueber Nassau und Homburg konnte keine andere Auskunft ertheilt werden, als daß sich die dortigen Ständeversammlungen ohne Bibliotheken zu behelfen gewußt haben.

Berlin, 7. Mai. (Haus der Abgeordneten.) 5. Sitzung. (Schluß.) Abg. v. Unruh (Berlin) bedauert, mit früheren seit Jahren ihm nahe gestandenen Freunden sich nicht in Uebereinstimmung zu befinden. Allerdings wäre die Verfassung annehmbarer, wenn sie eine Minister-Verantwortlichkeit, ein volles Budgetrecht u. s. w. enthielte. Die Verschiedenheit mit seinen Freunden herrsche in den Grundanschauungen. Er habe sich beim Eintritt in den Reichstag gleich gesagt, daß es ohne Verlust von Rechten der preußischen Verfassung nicht abgehen würde. Aber er und die Gleichgesinnten bestritten, daß wesentliche Rechte verloren gegangen seien, was Dr. Virchow und jene Herren behaupteten. Vom Standpunkte Waldeck's sei es möglich, auch ohne die vorgelegte Verfassung auszukommen, aber Waldeck kenne wohl nur den Staat Preußen. Ohne die materiellen Hülfsmittel würde man es nicht erleben, daß die Bevölkerungen z. B. des Südens freiwillig kämen. Was den behaupteten Mangel der Ministerverantwortlichkeit betreffe, so bestehe dieselbe in Preußen doch auch nur dem Namen nach. Später werde sich diese Verantwortlichkeit vielleicht leichter im Reichstage einführen lassen, als im Abgeordnetenhause, die Regierung werde dort leichter Konzessionen machen, als hier. Durch Artikel 68 sei in Preußen nichts geändert, hier werde ja das Gesetz vom 4. Juni 1851 fortbestehen. (Die Unruhe im Hause übertönt den Redner, der sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Waldeck wendet. Redner widerlegt den Abgeordneten Wagner, der behauptet habe, es seien keine Rechte auf dem Transporte verloren. Allerdings sei dies geschehen, aber die eingebüßten Rechte seien von untergeordneter Art.) Redner vertheidigt sodann die Fassung der Artikel über Bundes-Finanzen. Im Artikel 62 sei dafür gesorgt, daß nach 1871 ein Bundesgesetz zu Stande komme. Wegen jener Bestimmungen die Verfassung zu verwerfen, liege gar kein Grund vor. Auch die Bestimmungen, betreffend den Militäretat, seien annehmbar. Die Prüfung desselben werde nicht eine bloße Kalkulatur-Arbeit sein. Die Grundrechte, die in der preußischen Verfassung stünden, würden intakt bleiben. Bei der Zusammensetzung des Reichstages würde eine Verhandlung über die Grundrechte ganz unglücklich gewesen sein. Die Diaten seien aber nicht zu erreichen gewesen; ob die Regierung gut daran gethan habe, sich dabei auf einen so festen Standpunkt zu stellen, werde die Zukunft lehren. So gern er die Diätenfrage anders entschieden gesehen hätte, so scheine sie ihm doch nicht wichtig genug, um deswegen die ganze Verfassung abzulehnen. Wenn man von Exportation der Volksrechte, von Kompromissen mit dem Absolutismus, von Wandelbarkeit der Gesinnung sogar alten Freunden gegenüber spreche, so müsse man doch auch die Vortheile der Verfassung hervorheben. Daß sei nicht geschehen. (Widerspruch links.) Ob das Resultat des allgemeinen Stimmrechts beim Reichstage gefallen werde, müsse abgewartet werden, jedenfalls müsse man daran festhalten. Der Minister des Innern habe zwar gesagt, man habe mit Einführung jenes Rechtes nur einen Versuch machen wollen, er (Redner) müsse aber die Regierung warnen, so wichtige Rechte dem Volke zu geben und dann etwa wieder zu entziehen. Er halte die Verfassung für den Anfang der Mediatisirung der kleinen Staaten, auch auf diesem Wege werde man daher, wenn auch langsamer, so doch friedlicher weiter kommen. Auch die Erlangung der deutschen Marine sei ein großer Vortheil der Verfassung. Gerade dies Werk, wie noch keines dagewesen, sei wirklich geeignet, die deutschen Staaten zu der langersehnten Einigung zu führen. Wenn man für einen solchen Complex eine Verfassung machen wolle, werde man nie nach dem herkömmlichen konstitutionellen Schema verfahren können. Verträge, wie Waldeck sie wolle, seien kündbar, ausdrücklich oder doch stillschweigend, sie verhinderten nicht das Liebäugeln einzelner Kontrahenten mit dem Auslande. Die Verwerfung der Verfassung würde ein nationales Unglück, eine Niederlage Deutschlands vor Europa, eine Schwächung Preußens sein. Ebenso wie Jacoby, so sage auch er, er sei ein alter Verfechter der Verfassung, und weil er dies sei, werde er sich nicht irre machen lassen, sondern seiner Ueberzeugung folgen und für die Verfassung stimmen. (Bravo.) (Während der Rede sind die Minister v. Roon, Graf Eulenburg und v. Selchow eingetreten und hat der Vicepräsident Graf Eulenburg den Vorsitz übernommen.)

Abg. Schulze (gegen die Vorlage): Man sollte die Parteien wegen ihrer Verschiebung durch die großartigen Ereignisse des letzten Jahres nicht angreifen. Wir sind dem Standpunkte der Adresse des Abgeordnetenhauses treu geblieben. Auch die Mehrzahl der Wähler wird noch heute auf diesem Standpunkte stehen. Unsere Leidenschaftlichkeit besteht darin, daß wir uns verpflichtet halten, für die Volksrechte einzustehen. Was nützt uns die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers? Ein preußischer Minister wird sich vom preußischen Landtage niemals für Bundes-Angelegenheiten zur Rechenschaft ziehen lassen. Ohne die Verantwortlichkeit in der preußischen Verfassung würden die Minister keine Indemnität verlangen. Die fürchten das allgemeine Wahlrecht, die es durch Entziehung der Diäten rectifizirt haben. Wären die Diäten aufrecht erhalten, so würden sich die Regierungen nicht ein Paupertäts-Zeugniß ausgestellt haben, indem sie das ganze Werk scheitern ließen. Weil ich zu konservativ bin, darum stimme ich gegen den Entwurf. (Beifall links. Unruhe rechts.)

Vice-Präsident Graf zu Eulenburg zeigt an, daß drei Anträge auf Schluß der Generaldebatte aus den Reihen der Rechten eingebracht sind. Das Haus lehnt sie ab.

Abg. v. Gerlach (Gardelegen): Ich will an der Wiege der Bundes-Verfassung einige Bemerkungen aussprechen, die zwar nicht im Sinne der Mehrheit der konservativen Partei, aber in dem einiger ihrer Autoritäten sein werden. Zunächst hat die Bundesverfassung vor der preußischen den Vorzug, daß sie nicht das Recht und den Schutz gewährt, von der Tribüne herab ungestraft verleumden und beleidigen zu dürfen. Ob damit die Diäten in Verbindung stehen, lasse ich dahin gestellt. Jedenfalls ist man bei uns in der fatalen Lage, daß der Beleidiger nicht bestraft wird, und wenn man ihn fordert, dann schlägt er sich nicht, sondern der Fordernde wird noch selbst bestraft. (Unruhe.) Sie hat ferner den Vorzug, daß sie keine Grundrechte enthält, die auf konkrete Menschen angewendet, Unrechte werden und abstrakte giebt es nicht, seitdem die Kinder bekanntlich nicht mehr vom Klapperstorch gebracht werden. (Unruhe.) Nach den Grundrechten müßte man besorgen, daß die deutschen Fürsten nach glücklich abgelegtem Examen zum einjährigen Freiwilligendienst und zur Klassensteuer herangezogen werden. Daß die Grundrechte weggeblieben, sei sehr gut, dieselben würden doch nur auf konkrete Menschen (Heiterkeit, Unruhe) anzuwenden sein. Daß die Grundrechte wegfallen, schaffe einen sehr konkreten Boden. Durch Art. 62 weder, noch durch einen Artikel sonst werde be-

stimmt, was geschehen solle, wenn das Ausgabebudget nicht zu Stande komme. Es bleibe also dasselbe wie in Preußen. Ein Budgetkonflikt im norddeutschen Bunde könne dann wieder geheilt werden, vielleicht werde er besser geheilt, als der preußische. Das allgemeine Wahlrecht sei immerhin bedenklich. Nach den Anschauungen Waldeck's solle ein Rittergutsbesitzerkopf nicht mehr Rechte haben, als ein Bauernkopf und ein Bauernkopf nicht mehr als ein Dienstmannskopf. (Sehr richtig.) Dann hätte aber auch ein Manneskopf nicht mehr Rechte als ein Frauenkopf. (Lärm.) Köpfe haben sie doch Alle, das müssen Sie zugestehen. (Anhaltender Lärm.) Darnach hätten auch General und Unteroffizier, Offizier und Gemeiner, Landrath und Bauer gleiche Rechte. (Unruhe.) Die Versagung der Diäten hebe diese Uebel des allgemeinen Wahlrechts nicht auf, es möge ein ganz kleines Korrektiv sein, es sei das aber ebenso, wie eine Mischung von Pflaumenmus zu Rhabarber. (Starke Unruhe.) Redner lobt das Drei-Klassensystem, das erkenne doch noch die Unterschiede und Klassen an. Aber einer solchen Versammlung aus dem Kopfzahlwahlrecht solle nun auch das Herrenhaus unterworfen werden. (Sehr lautes Aha! nun kommt's!) Das werde eine sehr schwerfällige Maschine sein. Es trete an die Konservativen die Frage heran, ob sie einer Verfassung solcher Kopfzahlwahlversammlung zustimmen könnten. Wenn er für den Entwurf stimme, so stelle er seine Prinzipien nicht zurück, sondern thue es nur, um die Obrigkeit von Gottes Gnaden zu stützen. Er müsse sich fragen, ob er wohl mit denen, die Preußen den Großmachtskitzel austreiben wollten und die Regierung von Gottes Gnaden für banquerott erklärten, gegen den Entwurf stimmen könne: ein Konservativer könne das nicht. Der Redner schließt mit einer Lobrede auf die „Kasernen" und erregt wiederholt den Unwillen des Hauses.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein): Nur mit schwerem Herzen werde ich mein negatives Votum gegen die Verfassung abgeben, die einen unlösbaren Widerspruch mit der preußischen herstellt. Wir sollen zwei Verfassungen in-, mit- und durcheinander besitzen, deren eine den wahren Kern einer Verfassung enthält, während die andere, für die es eine adäquate Bezeichnung nicht giebt, nur ein die Unkundigen täuschendes Scheinbild ist. Da wird der Traum von den sieben fetten und den sieben mageren Kühen sich wiederholen, die norddeutsche wird unsere Verfassung verzehren, ohne darum fetter zu werden. (Heiterkeit.) So denke ich, nicht weil ich Katholik und Priester bin. Ich weiß nicht, ob Sie mich für einen Ultramontanen des 13. oder 19. Jahrhunderts halten; aber das kann ich offen aussprechen: ich würde, wenn es sich um die Wahl des Königs zum Kaiser von Deutschland handelt, leichten Herzens mit Ja stimmen und keinen Augenblick Diener der Kirche bleiben, hielte ich diese Kirche nicht unabhängig von jeder weltlichen Macht. Jetzt sehe ich mit tiefer Trauer die Spuren des Cäsarismus und Deutschland als einen geographischen Begriff, da ich nicht weiß, ob nicht der erste Erfolg des neuen Deutschlands sein wird, die Fahne, die das alte bisher über Luxemburg schweben ließ, einzuziehen. Nicht die Militärdiktatur, nicht der Mangel an Grundrechten und Garantieen würde mich zu einem negativen Votum bestimmen, wenn ich die Entwickelungsfähigkeit des Bundes erkennen könnte. Auch durch die Streichung der Diäten ist das allgemeine Wahlrecht werthlos geworden und die Verfassung hat als eine Anomalie bezeichnet werden können. Es gedeiht aber in der organischen Welt kein Keim, der die Anomalie in sich trägt, keine Mißgeburt kann dauernd leben. (Anhaltende Heiterkeit.) Nicht die norddeutschen Regierungen, die unsrige hat die Diäten in Wegfall gebracht (Graf Bismarck nickt bejahend) und diese Hartnäckigkeit beweist mir, daß ich mich in diesem Ministerium nicht geirrt, wenn ich ihm zuschrieb, daß es das Mißtrauen der Diplomatie mit dem Volke gegenüber bewähre. Das Volk aber soll mit seinem König und folglich seiner Regierung nicht so stehen, wie die Diplomaten mit einander stehen. Ich sehe die Sachen sehr praktisch an: wäre der Landtag im Februar nicht so spät geschlossen und der Verfassungs-Entwurf vier Wochen früher bekannt gewesen, so hätten auch Herr v. Hoverbeck und seine Freunde im Reichstage gesessen. Wenn aber Twesten und Lasker und Vincke, Männer, deren Talent ich anerkenne — solcher Talente giebt es nicht viele — ihren Grundsätzen so leicht untreu werden, woher soll dann das Volk seine Vertreter nehmen? (Präsident v. Forckenbeck ersucht den Redner, dies Gebiet des Persönlichen zu verlassen.) Das Scheinparlament führt zur Korruption und bei der schwachen politischen Bildung unseres Volkes zu Rückschritt und Umsturz. Von der Vornehmheit des Ministeriums, von der der Abg. Jung gestern begeistert sprach, habe ich nichts bemerkt; wohl aber bin ich viel zu vornehm, um als Thier in die Tretmühle einer solchen Verfassung zu gehen. (Heiterkeit.) Die gestrige Replik des Abg. Eulenburg gegen Jacoby, der die rechte Seite zustimmte, war schon der Anfang des beschränkten Unterthanen-Verstandes. (Zur Rechten): Merken Sie sich das, das ist eine parlamentarische Form! (Der Präsident unterbricht den Redner.) Der Abgeordnete Wagener hat soeben das ganze Haus mit dem Dunst seiner Staatsphilosophie erfüllt. Ich habe noch das Glück gehabt, von ihm zu hören, daß das Volk aus Magen und Herz besteht. In die Zoologie will ich nicht weiter eingehen; mir ist kein Thier ohne Kopf bekannt, aber jene Staatsphilosophie betrachtet das Volk wie ein Thier, dem man etwas in den Rachen wirft. (Heftige Unterbrechung. Pfui! Pfui! Präsident von Forckenbeck: Der Herr Redner spricht von Philosophie, von persönlichen Dingen, aber nicht zur Sache.... Der Abg. Dr. Michelis bemüht sich sichtlich, den Präsidenten für den weitern Verlauf seines Vortrages zu beruhigen.) Der zweite Theil jener Definition war das Herz, die Religion sollte den Hokuspokus hergeben, damit die oben gemächlich regieren können. Mir ist das Volk ein Ganzes, der König wie der Unterthan. Ich weiß nicht davon zu reden, ohne unparlamentarisch zu werden. Bei dieser Auffassung ist die Korruption unvermeidlich und die Verfassung begründet einen solchen Mechanismus. Ich gehöre nicht zur Rechten, nicht zur Linken, ich erkenne eine Souveränität an, auch die des Volks nicht, sondern nur Gottes. Der Absolutismus wie die Revolution überträgt die Souveränität Gottes auf sich, ich will nicht jenen noch diese, sondern das mündige Volk. Auch ich habe einen großen Begriff von Deutschland, nehmen Sie mir den, so nehmen Sie mir meine Seele, mein sittliches Leben! (Gelächter.) Sie haben für den Ausdruck einer sittlichen Idee nur Spott und Lachen? (Präsident v. Forckenbeck: Ich muß bitten, sich nicht direkt mit einem Theil des Hauses in Beziehung zu setzen.) Durch die Annahme der Verfassung wird es zu argen Dingen kommen, an denen ich keinen Theil haben will. Vor dieser Gefahr warne ich durch mein Votum, es soll sie vermindern, nicht vermehren. Ich schließe mit den Worten des Dichters: „Den Sklaven, der die Kette bricht, den freien Mann, den fürchte nicht!"

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt, dagegen die Vertagung beschlossen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Abg. Waldeck verwahrt sich gegen den Vorwurf v. Unruhs, daß er nicht Deutschland, sondern immer nur Preußen kenne, durch den Hinweis auf sein ganzes politisches Leben; niemals habe er aber die Einheit von der Freiheit getrennt. Die Kalkulaturarbeit des Reichstages sei wichtig, aber nicht mit dem Budgetrecht zu verwechseln. — Abg. Wagner: Schon länger habe er darauf verzichtet, mit dem Abg. Michelis ernsthaft zu diskutiren. Er habe dem Volke nicht den Kopf abgesprochen, sondern nur gesagt, daß die Massen durch den Magen und das Herz geleitet werden. Ein Volk ohne Verstand kenne er nicht, daß es Menschen ohne Verstand giebt, daß habe er immer gewußt. (Heiterkeit.) Abg. v. Unruh bemerkt, er habe nur den Unterschied der Parteistellung Waldecks von der Jacobys bezeichnen wollen.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Darmstedt, 5. Mai. Dieser Tage wurden Hofrath Becker und ein Accessist von hier bei Straßburg, wohin sie einen Ferienausflug unternommen, verhaftet und 48 Stunden lang in Gefangenschaft gehalten. Die beiden harmlosen Reisenden waren nämlich, der Himmel weiß wodurch, in den Verdacht gerathen, sie seien preußische Spione und hätten zwei Offiziere umgebracht! Der Umstand, daß man bei ihnen einige Reisekarten fand, machte jeden Zweifel verschwinden, daß man es hier mit äußerst gefährlichen Personen zu thun und verwirrte selbst die Köpfe der Sicherheitsbeamten dergestalt, daß die Gefangenen nur mit vieler Mühe ihre goldene Freiheit wieder erlangen konnten.

Ausland.

Paris, 5. Mai.

— Gestern Abend war der zweite Empfang bei Lord Cowley. Graf v. d. Goltz wohnte demselben an. Es fiel allgemein auf, daß er sich über eine halbe Stunde mit Nigra unterhielt. — Betreffs des Projekts über die Organisation der französischen Armee erfährt man, daß die Regierung sich jetzt dazu verstanden hat, das jährliche Kontingent auf 125,000 Mann festzusetzen. Die Kammer scheint aber nicht darauf eingehen zu wollen, da sie die Festsetzung des jährlichen Kontingents nicht aus den Händen lassen will.

— Das Londoner Kabinet hat bei der Hinzuziehung Italiens zur Konferenz ausdrücklich die Versicherung ertheilt, daß es hierdurch keineswegs eine Erweiterung auch des Programms des Kongresses verstanden wissen wolle; Italien sei jedoch seines Ranges wegen wohl würdig, gehört zu werden. Daß diese Hinzuziehung als Verstärkung des aufrichtig vermittelnden Theiles zu betrachten sei, liegt in der Lage des italienischen Staates, wie in der Stellung desselben zu Paris und Berlin begründet. Der italienische Bevollmächtigte für die Konferenz ist der seit Mai 1860 in London akkreditirte Marquis Tapparelli d'Azeglio. Die „France" ertheilt heute der Königin Victoria die Palme für die Beschwichtigung des Konfliktes und die Erhaltung des Friedens; sie benutzt dieses Kompliment aber sofort, um Kapital daraus für einen engeren Anschluß der beiden Westmächte zu schlagen, die, dem Hofblatte zufolge, „dasselbe Ziel im Auge haben". Frankreich blitze zwar schneller auf, während England ruhiger, kälter und minder reizbar sei, beide jedoch wollten dem Rechte Achtung verschaffen wie dem Unrechte und der Gewalt auf den Kopf treten; daher: „Union intime, entente sincère!" müsse Frankreichs und Englands Politik sein, wenn der Weltfriede befestigt werden solle.

Pommern.

Stettin, 8. Mai. Heute Vormittag stellte das Abfuhr-Institut „Ceres" dem Herrn Polizei-Direktor zwei neu konstruirte, fast luftdicht verschlossene, zur Abfuhr flüssiger Exkremente bestimmte Wagen zur Ansicht vor.

— Die Notiz über die gestrige General-Versammlung der Aktionäre der „Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft" haben wir dahin zu berichtigen, daß nicht der Herr Geh. Kommerzien-Rath Rahm, sondern der Banquier Herr Ad. Abel zum Mitgliede des Verwaltungs-Rathes gewählt worden ist.

— In der Nacht zum 4. d. Mts. wurde aus dem zum Grundstücke Lastadie Nr. 86 gehörigen Garten eine sehr bedeutende Menge von der zum Trocknen dort aufgehangenen, ohne Beaufsichtigung gelassenen Wäsche gestohlen. Der Dieb sowie der Verbleib der Wäsche ist bisher nicht ermitielt.

— Wenngleich das Aufziehen der langen Brücke in den Monaten Mai bis inkl. August bestimmungsmäßig nur während der Stunden von 4 bis 6½ Uhr Morgens geschehen darf, auch früher bereits mehrfache Beschwerden darüber vorgekommen sind, daß jene Bestimmung nicht inne gehalten wird, so kommen doch noch immer Verstöße vor. Auch heute früh war die öffentliche Passage wiederum in erheblicher Weise gestört, weil die Brücke noch nach 7 Uhr gezogen wurde. Eine Beseitigung des gerügten Uebelstandes erscheint sonach dringend geboten.

— Die am Paradeplatz wohnhafte Wittwe L. sprang gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr in der Absicht, sich zu ertränken, von der neuen Brücke in die Oder, wurde aber von mehreren in der Nähe befindlichen Personen gerettet und dem Revierpolizeibüreau zugeführt. Dort ergab sich, daß die Frau anscheinend geistesschwach sei, weshalb sie an das Krankenhaus abgeliefert wurde.

— Bei einem mehrfach, zuletzt mit 2 Jahren Zuchthaus bestraften Tischlergesellen M., wurde gestern eine eichene Planke im Werthe von 3 Thlr., die er geständlich vom Holzlager des Tischlermeisters Stark (Schulzenstraße 22) am 6. d. M. Abends gestohlen hatte, in Beschlag genommen.

— In der verflossenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr entstand auf dem an der Ecke der Franken- und Langenstraße zu Grabow belegenen Grundstück des Zimmermeisters Lange, und zwar in einem verschiedenes Handwerkszeug und fertige Zimmerabeiten enthaltenden Schuppen Feuer, von dem auch bald das Wohnhaus ergriffen wurde. Der Schuppen brannte total, das Haus bis auf einen Theil des linken Seitenflügels ab, da es leider an Wasser fehlte, und auch die Löschanstalten im Allgemeinen nur äußerst mangelhaft waren. Die Entstehungsart des Feuers ist bisher nicht ermittelt. Die Bredower Spritze war die erste auf der Brandstelle, traf also früher als diejenige von Grabow ein. — Heute Vormittag loderte die Flamme erneut auf, weshalb zur definitiven Dämpfung des Feuers auf Anordnung des Herrn Polizeidirektors eine hiesige Spritze mit einigen Bedienungsmannschaften nach der Brandstelle abging.

Vermischtes.

— Wie das „Berl. Frbl." mittheilt, wird der Negerkönig von Bonny, ein eingefleischter Menschenfresser, Ende Mai nach Paris kommen, um die Ausstellung zu besichtigen. Dieser Monarch besitzt einen Palast, aus Knochen erschlagener Feinde erbaut, und kann hunderttausend Gäste gleichzeitig aus Bechern von Menschenschädeln trinken lassen. Das Königreich Bonny ist ein großer Staat im Osten Afrikas, zählt 600,000 Einwohner, hat eine gute Armee und hundert englische Kanonen. Die Bevölkerung liebt die Europäer sehr, namentlich die fetten. Die schwarze Majestät ißt übrigens seit dem letzten Besuche in London im Jahre 1861 kein Menschenfleisch mehr und die Herren des Hofes ziehen gegenwärtig das Hammelfleisch vor. Das Volk hat aber seine alten Gewohnheiten beibehalten. Der König von Bonny bringt eine Ladung Gold in Barren nach Paris mit. Er wird gewiß sehr willkommen sein.

Lyon. Der „Progres" in Lyon veröffentlicht den Brief eines Chemikers in Marseille, welcher ein griechisches Feuers erfunden haben will, über dessen Wirkungen er schreibt: „Um einen Ueberblick über dieses griechische Feuer zu geben, erkläre ich mich bereit, zu zeigen, daß ich in einer Entfernung von 1000 Metres eine Armee von 100,000 Mann in ein Flammenmeer einhüllen kann und das in weniger als 5 Minuten. Wenn es sich darum handelt, eine Stadt mit Sturm zu nehmen, so setze ich sie in einigen Minuten in Feuer. Im Fall eines Seegefechts gelange ich sofort zum Entern, und in einer Viertelminute bedecke ich das ganze Verdeck eines Schiffes mit einem Flammenstrom, welcher die Masten verbrennt, in den untern Schiffsraum eindringt und sofort die ganze Mannschaft erstickt. Wenn es sich um einen Seehafen handelt, setze ich mit der Schnelligkeit des Blitzes den Hafen, die Stadt und Arsenale, die in Kanonenschußweite sind, in Brand. Mit solchen Mitteln ist kein Krieg mehr möglich und von einem Schlachtfelde können weder Sieger noch Besiegte zurückkehren. Was die Festung Luxemburg betrifft, die jetzt zu so vielen Kontroversen Veranlassung giebt, so übernehme ich es, die ganze Besatzung binnen einer Viertelstunde zu vernichten. Die „France" bemerkt dazu: „Wenn darin nicht eine Uebertreibung liegt, so glauben wir ohne Mühe, daß eine solche Kriegsmaschine jedem Kriege ein Ende machen würde."

Neueste Nachrichten.

Gotha, 7. Mai, Abends. In der heutigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtages beantragte der Referent Wilke, die Verfassung des Nordbundes en bloc anzunehmen. Morgen wird die Abstimmung über den Antrag erfolgen.

Haag, 7. Mai, Nachmittags. Eine hier eingetroffene Deputation aus Luxemburg, Bürgermeister und zwei Schöffen an der Spitze, hatte gestern mit dem Prinzen Heinrich eine Besprechung. Die Deputation reist heute nach London weiter und wird der Konferenz eine Adresse überreichen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 7. Mai, Abends. Der „Abend-Moniteur" meldet: Heute Nachmittag 3 Uhr hat die erste Sitzung der Konferenz unter dem Vorsitze Lord Stanleys stattgefunden. — Die „Patrie" sagt: Die Gerüchte über eine Vertagung der Konferenz waren gegründet, indem die englische Regierung vorgestern, weil sie Unruhen befürchtete, die Vertagung nachsuchte. Da jedoch die Ruhe nicht gestört ist, so erfolgte der Zusammentritt der Konferenz. — Der „Etendard" kann den Auslassungen der „Patrie" über den zu erwartenden raschen Fortgang der Verhandlungen der Konferenz nicht beistimmen.

London, 8. Mai. Die gestrige Sitzung der Konferenz hat unter den Großmächten keine wesentliche Meinungs-Verschiedenheit ergeben. — Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt, weil Belgien und Luxemburg ohne Instruktion sind.

Petersburg, 8. Mai. Der Kaiser wird am 29. d. M. über Berlin nach Paris abreisen; in Berlin wird ein eintägiger Aufenthalt stattfinden. Auf der Rückreise, welche auf den 22. Juni angesetzt ist, wird der Kaiser sich wahrscheinlich in Warschau aufhalten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Mai. Witterung: schön, klare Luft. Temperatur + 15° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißb. 86—96 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 95, 94½ Rt bez., Mai-Juni 91¾, ½ Rt bez., Juni-Juli 90 Rt bez., Juli-August 89½ Rt Br., 89 Gd., Septbr.-Oktbr 81, 80½ Rt bez.

Roggen wesentlich gesteigert, schließt matter, pr. 2000 Pfd. loco 63, 65½ nach Qualität bez., Frühjahr 65, 66, 65⅛ Rt bez. u. Br., Mai-Juni 63, 64, 63 Rt bez. u. Br., Mai-Juni u. Juni-Juli im Verbande 63½ Rt bez., Juli-August 61 Rt Br., September-Oktober 56 Rt bez. u. Br.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 34—34½ Rt bez., eine Ladung nasser 34⅓ Rt bez.

Rüböl niedriger, loco 10¾ Rt Br., Mai 10⅓, ⅛ Rt bez. und Gd., Septbr.-Oktbr. 11¼ Rt bez. u. Br.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 17⅜ Rt bez., mit Faß $17\frac{7}{24}$, ⅜ Rt bez., pr. Lieferung ohne Faß 17½ Rt bez., Frühjahr und Mai-Juni 17⅓ Rt bez. u. Br., Juni-Juli 17½, $\frac{7}{12}$ Rt bez. u. Br., Juli-August 17¾ Rt bez., September-Oktober 17⅓ Rt Br.

Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 50 Wspl. Roggen, 10,000 Qrt. Spiritus.

Landmarkt.

Weizen 90—96 Rt, Roggen 62—67 Rt, Gerste 46—49 Rt, Erbsen 53—58 Rt per 25 Schffl., Hafer 33—35 Rt per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—8 Rt, Heu pr. Ctr. 25 Sgr bis 1 Rt.

Berlin, 8. Mai, 1 Uhr 57 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 80¾ bez. Staats-Anleihe 4½ % 96½ Br. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 133½ Br. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93 Br. Oesterr. National-Anleihe 53¼ Br. Pomm. Pfandbriefe 87 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175½ Gd. Amerikaner 6% 76 bez.

Roggen Frühjahr 67½ bez., 70 Gd., Mai-Juni 65½, 67½ bez., Juni-Juli 63⅞ bez., 65¾ Gd. Rüböl loco 11⅙ Br., Mai-Juni 11, $11\frac{1}{12}$ bez., Juni-Juli $11\frac{1}{12}$ bez., September-Okt. $11\frac{11}{24}$, ½ bez. Spiritus loco 18¼ bez, Mai-Juni $17\frac{19}{24}$, $\frac{11}{12}$ bez., Juni-Juli $18\frac{1}{12}$, 18 bez., Juli-August 18⅜, ¼ bez.

Hamburg, 7. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco matt, nicht begehrt, ab Auswärts vorherrschende Verkaufslust, ab Ostsee ohne Nachfrage, auf Termine stark weichend. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 164 Bankothaler Br., 163 Gd., pr. August 148 Br., 146 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 107 Br., 106 Gd., pr. Mai-Juni 105 Br., 104 Gd., per August 102 Br., 101 Gd. Hafer stille. Oel stille, pr. Mai 23⅞, pr. Oktober 25⅛. Spiritus unverändert. Kaffee lebhafter und fester. Verkauft 4000 Sack Santos, 2000 Sack diverse. Zink geschäftslos. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 7. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt geschäftslos. Roggen auf Termine etwas fester.

Stettin, den 8. Mai.

Hamburg	6 Tag.	150¾ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	150 G	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	142⅜ B	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 22½ B	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	—	Pr. National-V.-A.	4	112 B
Paris	10 Tg.	$80\frac{1}{12}$ G	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	—	Pomerania	4	109 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	101½ G
St. Petersbg.	3 Wch.	87⅜ B	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	96¾ G	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
"	5	—	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
" "	4	88 B	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P. P. B. A.	4	—	Germania	4	97 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	93 B
" Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
" "	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	93 G	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	92 G	Gemeinn. Bauges.	5	—